

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	entschuldigt
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt

Gäste:

Herr Frank Thomann	FB Soziales und Gesundheit
Herr Dieter Lehmann	Bereich Stadterneuerung
Frau Uta Kitzmann	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren
Frau Dr. Kristina Böhm	Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
Herr Gregor Jekel	Bereich Wohnen
Frau Katja Fisch	Bereich Wohnen
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Gehwegsanierung im Ortsteil Fahrland
Vorlage: 17/SVV/0041
Fraktion DIE aNDERE
- Wiedervorlage -
- 4.2 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen
Einrichtungen der LHP
Vorlage: 17/SVV/0059
Fraktion CDU/ANW
- Wiedervorlage -
- 4.3 Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen
Vorlage: 17/SVV/0142
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.4 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018
Vorlage: 17/SVV/0172
Fraktionen SPD, CDU/ANW

- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bezahlbarer studentischer Wohnraum in der Mitte
Vorlage: 17/SVV/0184
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

- 5.2 Wohnungstauschzentrale für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0211
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 5.3 Umsetzungsstand des Wohnungsnotfallhilfekonzepts
- 5.4 Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes
- 5.5 Sachstand Förderung Integrationsprojekte
- 5.6 Information zur Vergabe Gemeinschaftsunterkünfte
- 5.7 Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift vom 14.02.2017 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird mit 3 Zustimmungen und 3 Enthaltungen bestätigt.

Anschließend bittet Frau Eisenblätter um Verständigung zur Tagesordnung. Sie teilt mit, dass es zur Tagesordnung noch Ergänzungen gibt.

Der TOP 5 „Mitteilungen der Verwaltung“ wird um folgende zwei Punkte ergänzt:

- TOP 5.6 Information zur Vergabe Gemeinschaftsunterkünfte,
- TOP 5.7 Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut

Im TOP 6 „Sonstiges“ wird Herr Kärsten (WerkStadt für Beteiligung) über den Stand des Beirates für Menschen mit Behinderung informieren. Herr Thomann wird eine Information zur Förderung des Kabarett der Kontakt- und Beratungsstelle für psychisch Kranke geben.

Des Weiteren wird die Tagesordnung um einen nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt zur Vergabe der ambulanten Suchtberatung sowie der Suchtpräventionsfachstelle erweitert.

Zunächst stellt Frau Eisenblätter die Ergänzung der Tagesordnung zur Abstimmung.

Den Änderungen wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Die geänderte Tagesordnung wird mit 6 Zustimmungen einstimmig bestätigt.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Frau Gelfand weist darauf hin, dass der **Migrantenbeirat** in diesem Jahr 25jähriges Jubiläum begeht. Am 21.03.2017 fand eine Sitzung zur Vorbereitung des Jubiläums statt.

Im Rahmen seiner letzten Sitzung hat sich der Migrantenbeirat mit der Terminvergabe in der Ausländerbehörde (ABH) befasst. Herr Meier hat als Leiter der ABH dazu an der Sitzung teilgenommen. Er hat u.a. signalisiert, dass in der Ausländerbehörde Personalmangel besteht und nun neues Personal eingestellt werden soll.

Frau Schulze fragt, wie mit dem Personalmangel in der ABH umgegangen wird und wie eine schnelle Besetzung der freien Stellen realisiert werden kann.

Herr Thomann schlägt vor, Frau Kluge zur nächsten Sitzung des GSI-Ausschusses einzuladen, um die Situation in der ABH darzustellen. Er weist darauf hin, dass die Situation durch den Umzug in die neuen Räumlichkeiten in der Helene-Lange Straße 6/7 bereits verbessert wurde. Die Abwanderung von Personal nach Berlin ist damit zu erklären, dass in Berlin eine bessere Bezahlung erfolgt.

Herr Puschmann informiert über die Lesungen des **Seniorenbeirates**, die in verschiedenen Einrichtungen noch in diesem Halbjahr durchgeführt werden. Er bittet, die Broschüre der Zeitzeugen auch im nächsten Jahr zu finanzieren. Die AG Zeitzeugen feiert am 06.07.2017, 14:00 Uhr im Sternzeichen ihr 20jähriges Bestehen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Gehwegsanierung im Ortsteil Fahrland

Vorlage: 17/SVV/0041

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Frau Laabs weist darauf hin, dass der Ortsbeirat Fahrland dem Antrag so zugestimmt hat. Sie fragt nach der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Oberbürgermeister, der die Döberitzer Straße betrifft.

Herr Schubert weist darauf hin, dass auf die Dienstaufsichtsbeschwerde formal geantwortet werden muss. Er hat zu dem Vorgang keine Kenntnis und kann deshalb dazu keine Aussage treffen. Er macht deutlich, dass die Bürgerbeteiligung abgewartet werden sollte, da hier eine Kostenbeteiligung von bis zu 90 % erforderlich sein könne.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, wie die Gehwege im alten Ortskern Fahrlands schnellstmöglich in einen zeitgemäßen Zustand versetzt werden können.

Die Stadtverordneten sollen im Mai 2017 über den Sachstand informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.2 Aufbau eines Inspektionsteams zur Kontrolle der von Trägern betriebenen Einrichtungen der LHP

Vorlage: 17/SVV/0059

Fraktion CDU/ANW

- Wiedervorlage -

Frau Dr. Böhm (Öffentlicher Gesundheitsdienst) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die aktuelle Situation dar und weist darauf hin, dass es seit 2015 einen Aufwuchs von 4 auf 15 Einrichtungen ohne eine Kompensation im Stellenplan gibt. Sie stellt die Begehungsanlässe vor sowie die bestehenden Grundlagen dafür.

Auf Nachfrage erklärt Frau Dr. Böhm, dass dafür im Bereich Öffentlicher Gesundheitsdienst 2 Sachbearbeiterinnen für Infektionsschutz, 1 Sozialarbeiter und 2 Ärzte zur Verfügung stehen. Für das gesamte Vertragswesen stehen im Fachbereich Soziales und Gesundheit 6 Mitarbeitende zur Verfügung.

Herr Schubert erinnert daran, dass am 12.01.2017 eine Begehung aller Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete erfolgt ist. Derartige umfangreiche Begehungen sorgen dafür, dass anderen Arbeiten liegen bleiben müssen.

Da absehbar die Anzahl der Einrichtungen erhalten bleibt, muss der Personalanteil erhöht werden, um die Aufgaben erfüllen zu können. Es sollte darüber ins Gespräch gegangen werden, wie damit umgegangen werden soll.

Auf Nachfrage teilt Frau Dr. Böhm mit, dass alle Gemeinschaftsunterkünfte geprüft werden müssen. Prioritär werden derzeit Begehungen in den Flüchtlingsunterkünften durchgeführt.

Herr Schubert schlägt vor, dass der Antragsteller den Antrag nochmal anpassen sollte.

Herr Dünn beantragt die Zurückstellung des Antrages.

Auf Nachfrage bezüglich der Beteiligung des Migrantenbeirates bei den Begehungen macht Frau Dr. Böhm deutlich, dass dafür aufgrund der fehlenden Rechtsgrundlage keine Möglichkeit besteht.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Zurückstellung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 4.3 Beratungsstelle für Menschen mit Behinderungen**Vorlage: 17/SVV/0142**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eifler zieht den Antrag im Namen der einbringenden Fraktion zurück.

zu 4.4 Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit ab 2018**Vorlage: 17/SVV/0172**

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Kolesnyk bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schubert betont, dass die Stadtteilarbeit jetzt aus dem baulichen Projekt in die Quartiersarbeit überführt werden muss. Dabei muss auch geprüft werden, wie die Arbeit mit den Bürgerhäusern, Integrationsmaßnahmen etc. besser mit dem Quartiersmanagement abgestimmt werden kann.

Frau Dr. Herzel verweist auf die eingemeindeten Ortsteile, die hier ebenfalls berücksichtigt werden müssen. Ihr ist wichtig, dass beim Bauen neuer Stadtteile auch die Errichtung von Begegnungszentren berücksichtigt wird.

Herr Kolesnyk macht deutlich, dass der Antrag aufgrund des Auslaufens des Projektes „Soziale Stadt“ gestellt wurde. Mit dem Antrag soll die gesamte Landeshauptstadt, also auch alle Ortsteile berücksichtigt werden.

Frau Eisenblätter stellt die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen einer neuen Gesamtbetrachtung zu prüfen, wie die Stadtteilarbeit in Potsdam angesichts der Herausforderungen der wachsenden Stadt über das Jahr 2017 hinaus auf hohem Niveau verstetigt werden kann.

Die Prüfung soll stadtteilspezifische bestehende Strukturen betrachten, Bedarfe ermitteln, Handlungsempfehlungen aussprechen und entsprechende Aufwände bis Ende 2017 beziffern. Dabei ist insbesondere zu prüfen, wie der Wegfall der Förderung aus dem Programm Soziale Stadt kompensiert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Bezahlbarer studentischer Wohnraum in der Mitte

Vorlage: 17/SVV/0184

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Wohnungstauschzentrale für Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0211

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Herr Jekel (Bereich Wohnen) berichtet, dass durch die Fachhochschule Möglichkeiten der Begleitung des Vorhabens vorgestellt wurden. Hierbei wurde festgestellt, dass auch andere Gruppen berücksichtigt werden müssen. Des Weiteren wurde die Auswertung der Mieterbefragung der Pro Potsdam GmbH vorgestellt. Es gab einen Austausch über die verschiedenen Hemmnisse, die Betroffene am Wohnungstausch hindern.

Die Arbeitsgruppe hat sich verständigt, dass ein weiteres Treffen noch vor Ostern 2017 stattfinden soll.

Herr Jekel bietet an, in der 2. Jahreshälfte 2017 einen erneuten Sachstandsbericht im GSI-Ausschuss zu geben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 Umsetzungsstand des Wohnungsnotfallhilfekonzepts

Frau Fisch (Bereich Wohnen) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den Stand der Umsetzung des Wohnungsnotfallhilfekonzeptes vor. Sie geht dabei zunächst auf die Ausgangssituation ein und macht auf die sehr angespannte Wohnungsmarktsituation aufmerksam. Dann erinnert sie an die Zielsetzung des Wohnungsnotfallhilfekonzeptes 2013.

Anschließend stellt Frau Fisch die Maßnahmen zur Wohnungssicherung vor und gibt einen Überblick über die Entwicklung in der Zeit von 2012 bis 2016. Sie erläutert die Weiterentwicklung der ambulanten Hilfemaßnahmen sowie das System der Obdachlosenunterbringung.

Abschließend verweist Frau Fisch auf den Notfallfonds für besondere Härtefälle, durch den unbürokratische Hilfe z.B. bei Gebühr für den Ausweis oder Fahrkarten für Wohnungslose gegeben werden kann.

Herr Schubert verweist auf die inhaltliche Neuausrichtung des ambulant betreuten Gruppenwohnens für junge Erwachsene und fragt, ob es den Wunsch gibt, die Ausschreibungskriterien im Ausschuss vorzustellen.

Die Ausschussmitglieder signalisieren Interesse, darüber informiert zu werden.

Auf Nachfrage erklärt Frau Fisch, dass das Angebot zu Wohnungssicherung sehr niedrigschwellig ist. Das erste Gespräch wird durch einen Sozialarbeiter geführt, um zu prüfen, welches Angebot benötigt wird.

Herr Thomann ergänzt, dass die zuständigen Mitarbeiter sehr empathisch sind und keine inneren Abwehrhaltungen bestehen.

Frau Fisch erklärt auf Nachfrage, dass es wichtig ist, dass die Menschen ein Dach über dem Kopf haben. Erfahrungsgemäß finden sich die Geflüchteten in

den Gemeinschaftsunterkünften sehr gut zurecht und schaffen es relativ schnell sich mit Wohnraum zu versorgen.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder sagt Herr Schubert zu, alle öffentlichen Präsentationen der heutigen Sitzung als Anlage zum Protokoll auszureichen.

zu 5.4 Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Schwerpunkte der Pflegestärkungsgesetze II und III. Zuerst geht sie dabei auf die Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes II ein und gibt anschließend Erläuterungen zum Pflegestärkungsgesetz III.

Das Pflegestärkungsgesetz II trat am 01.01.2016 in Kraft, die Umsetzung erfolgt jedoch teilweise erst ab 01.01.2017. Ziele sind die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes und eines neuen Begutachtungsverfahrens sowie die Stärkung des Grundsatzes REHA vor Pflege.

Ab 2017 gibt es 5 Pflegegrade anstatt der bisherigen 3 Pflegestufen. Dabei wird erstmals der besondere Betreuungsbedarf von Menschen mit geistigen und psychischen Einschränkungen berücksichtigt.

Frau Kitzmann gibt eine Übersicht über die Anzahl von Leistungsempfängern nach dem SGB XII mit dem Hinweis auf einen deutlichen Aufwuchs an Beratungen im Pflegestützpunkt.

Herr Schubert ergänzt, dass in diesem Jahr bereits doppelt so viele Beratungen wie im gesamten Jahr 2016 erfolgt sind. Er informiert, dass es am 11.11.2016 einen Termin auch mit den Kassen an seinem Tisch gab. Im Ergebnis haben Verwaltung und IKK die ambulanten Pflegedienste der Landeshauptstadt Potsdam für den 16.02.2017 zu einem Gedankenaustausch zur gegenwärtigen und zukünftigen Sicherstellung der ambulanten Pflege in allen Stadtteilen der LHP eingeladen. Von den Potsdamer Pflegediensten haben lediglich drei nicht an der Veranstaltung teilgenommen, die aber im Vorfeld eine schriftliche Stellungnahme abgegeben haben.

In dem Gespräch wurden vielfältige Problemlagen offen und kritisch in einer sachlichen Atmosphäre angesprochen.

Es wurde festgestellt, dass die Pflegedienste eine qualitativ hochwertige professionelle Arbeit leisten, die es den Pflegebedürftigen erlaubt, so lange wie möglich in der Häuslichkeit zu bleiben.

Von Seiten der Pflegedienste wurde dargestellt, dass die Abwanderung von qualifiziertem Personal nach Berlin aufgrund besserer Verdienstmöglichkeiten zunehmend ein Problem darstellt.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass hier gemeinsam Lösungen gefunden werden müssen.

Es gab danach bereits eine Verständigung mit der Kleinen Liga und dem Jobcenter. Am 17.03.2017 wurde das Thema mit dem Klinikum Ernst von Bergmann diskutiert.

Der Pflegestützpunkt, der paritätisch durch LHP und IKK besetzt ist, wird durch die LHP um eine Stelle erweitert. Die derzeitige Belastung kann durch die beiden vorhandenen Kolleginnen nicht gestemmt werden. Dies ist nur mit zusätzlichem Personal zu schultern.

Das Klinikum Ernst von Bergmann wurde mit der Prüfung beauftragt, ob durch Gründung einer neuen Tochter oder mit der bereits bestehenden Tochter in die Pflege gegangen werden kann. Im Norden der LHP muss dringend nachgearbeitet werden.

Des Weiteren wurde das Klinikum beauftragt zu prüfen, wie in der Gesundheitsakademie des Klinikums in das Thema Ausbildung Altenpflege und auch Altenpflegehelfer eingestiegen werden kann.

Aber auch das Delta in der Bezahlung zwischen Berlin und Brandenburg muss abgeschafft werden. Dies ist allerdings nicht durch die Kommune zu realisieren. Zum Thema Tarife muss mit dem Land in die Verhandlungen gegangen werden.

Mit der IHK gibt es eine Verabredung zur Unterstützung von Gründungswilligen, die Pflegedienste gründen wollen. Aber auch zum Thema Ausbildung muss es eine Verständigung geben.

Abschließend weist Herr Schubert darauf hin, dass am 20.05.2017 das Fest der Pflege im Treffpunkt Freizeit durchgeführt wird.

Auf Nachfrage bezüglich der Kontaktaufnahmen zu Schulen, die Pflegeberufe ausbilden erklärt Herr Schubert, dass die AWO und die Hoffbauerstiftung vorwiegend für den eigenen Bedarf die Pflegekräfte ausbilden.

Frau Dr. Herzel hat erfahren, dass derzeit Pflegedienste erstmalig Patienten ablehnen mussten, die nicht mehr durch sie betreut werden können.

Frau Dreusicke weist darauf hin, dass es in Berlin inzwischen auch übertarifliche Bezahlung gibt.

zu 5.5 Sachstand Förderung Integrationsprojekte

Herr Thomann informiert, dass im Rahmen des Integrationsbudgets 2017 Mittel in Höhe von 300.000 Euro zur Verfügung stehen. In der Sitzung des Entscheidungsgremiums am 09.03.2017 wurden 225.000 Euro stadtteilbezogen für die jeweiligen Standorte einem Träger zugewiesen. Für die Standorte Groß Glienicke, David-Gilly-Straße, Grotrianstraße, Marquardter Chaussee und Handelshof wurde aufgrund der Antragssituation keine Entscheidung getroffen. Hier wird die Verwaltung weitere Informationen einholen und diesbezüglich auf die Träger zugehen.

Aufgrund der Erfahrungen bei der Umsetzung der derzeitigen Richtlinie wird sich das Gremium inhaltlich mit der Richtlinie befassen.

Die Verwaltung hat bereits zugesagt, den Auswahlprozess für das Jahr 2018 in der 2. Jahreshälfte 2017 durchzuführen, um zeitliche Förderlücken im Jahr 2018 zu vermeiden.

Aufgrund der Anzahl der vorliegenden überregionalen Anträge wird eine weitere Sitzung des Gremiums am 22.03.2017 durchgeführt.

Frau Schulze ergänzt, dass in der 1. Beratung deutlich geworden ist, dass die bestehende Richtlinie überarbeitet werden muss. Sie macht deutlich, dass die Initiativen bereits Mitte dieses Halbjahres aufgefordert werden müssen, ihre Anträge für das nächste Jahr zu stellen.

Herr Thomann erklärt, dass zu Beginn des Auswahlprozesses eine Informationsveranstaltung für die Träger durchgeführt werden soll.

zu 5.6 Information zur Vergabe Gemeinschaftsunterkünfte

Herr Schubert informiert, dass mit Beschluss des Hauptausschusses am 08.03.2017 der Zuschlag für die Gemeinschaftsunterkünfte Zeppelinstraße, David-Gilly-Straße, Pirschheide und Konsumhof erteilt wurde. Grund für die Ausschreibung war das Auslaufen der Verträge zum 31.03.2017 bzw.

30.04.2017. Er informiert über die einzelnen Schritte im Vergabeverfahren und erläutert die Bewertungskriterien. Dabei macht Herr Schubert deutlich, dass für die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots zu 40% der Preis und zu 60% die Leistungsqualität betrachtet wurde.

Herr Schubert informiert, dass der IB Berlin-Brandenburg gGmbH, Betrieb Potsdam den Zuschlag für die Lose 1 bis 3 erhalten hat. Der Zuschlag für das Los 5 wurde an die L.I.K.E. gGmbH erteilt.

Das Los 4 wurde zurückgezogen, da nicht sichergestellt werden konnte, dass die Einrichtung zu Beginn der Leistungserbringung zur Verfügung steht.

Herr Schubert sagt zu, zukünftig die Bewertungskriterien im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion vorzustellen und anonymisiert Erläuterung zur Vergabeentscheidung zu geben.

Frau Tinney fragt, ob zur nächsten Sitzung mitgeteilt werden kann, wann die nächsten Verträge auslaufen. Sie verweist auf die Auswahljury. Sie fragt, ob in dem Auswahlgremium auch Mitglieder des Migrantenbeirates oder des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion mitarbeiten können.

Herr Schubert erklärt, dass beim Vergabeverfahren zur ambulanten Suchtberatung sowie zur Suchtprävention auch Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und des GSI-Ausschusses beratend beteiligt waren.

zu 5.7 Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut

Herr Thomann informiert, dass aus personellen Gründen der Zeitplan der Vorlage des Maßnahmeplans zur Bekämpfung von Kinderarmut nicht gehalten werden kann. Die Sozialplanerin war längere Zeit erkrankt und hat zwischenzeitlich die LHP verlassen. Die Stelle wurde bereits ausgeschrieben. In der 13. Kalenderwoche 2017 finden die Auswahlgespräche statt. Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Bericht zum Ende des Jahres 2017 vorgelegt wird.

Herr Schubert schlägt vor, die neue Sozialplanerin/den neuen Sozialplaner im GSI-Ausschuss vorzustellen.

zu 6 Sonstiges

Herr Kärsten (WerkStadt für Beteiligung) informiert, dass sich die Beteiligten in zwei Workshops mit dem **Ablauf des Wahlverfahrens für den Beirat für Menschen mit Behinderung** auseinandergesetzt haben. Es wurde verabredet, nicht sofort einen neuen Beirat zu wählen. Zunächst wurden die Erwartungen an den Beirat beleuchtet. Dann wurden die Aufgaben betrachtet und die Ressourcen geprüft.

Es wurde festgestellt, dass der Beirat mit den vielen Aufgaben und Erwartungshaltungen ein Stück weit strukturell überfordert sein könnte.

Zunächst soll eine klare Erwartungshaltung sowie eine klare Aufgabenhaltung formuliert werden. Dann soll ein neuer Beirat installiert werden.

Frau Schulze macht auf das Wahlprocedere aufmerksam, welches einzuhalten ist. Sie verweist auch auf die Hauptsatzung, nach der der Beirat für Menschen mit Behinderung zu gründen ist, der auch seine entsprechenden Aufgaben wahrzunehmen hat. Sie fragt, ob dem trotzdem Rechnung getragen wird.

Sie fragt, ob in das Verfahren auch ehemalige Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung waren.

Herr Richter teilt mit, dass kein ehemaliges Mitglied des Beirates dabei war. Er erklärt, dass die Ergebnisse aus dem Workshop im Forum für Menschen mit Behinderung vorgestellt werden. Auch das Wahlprocedere soll betrachtet werden und.

Auf Nachfrage, wann die Wahl durchgeführt werden könne, erklärt Herr Kärsten, dass dies auch davon abhängig ist, wie viele Personen sich einbringen.

Frau Schulze betont, dass es aus ihrer Sicht die Aufgabe des Beauftragten für Menschen mit Behinderung ist, sich um die Neuwahl des Beirates zu bemühen. Sie macht auch deutlich, dass die Termine für die Workshops nicht bekannt waren, um sich einbringen zu können.

Herr Richter lädt die Mitglieder des GSI-Ausschusses zum 44. Forum für Menschen mit Behinderung am 06.04.2017, 16:00 Uhr im Potsdam Museum ein. Er macht deutlich, dass es ihm sehr wichtig ist, den Beirat zu wählen, so dass dieser zeitnah arbeiten kann.

Förderung des Kabarets der Kontakt- und Beratungsstelle für psychisch Kranke

Herr Thomann erinnert an die noch ausstehende Information zur Förderung des Kabarets der Kontakt- und Beratungsstelle für Psychisch Kranke. Hierzu wurde ein Votum von Frau Biesecke und Frau Dr. Wegewitz beingeholt. Es wurde verabredet, dass für das Projekt 9.000 Euro zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Mittel werden jetzt ausgereicht.

Nächster GSI-Ausschuss: 25. April 2017, 18:00 Uhr

Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin